

Pulsnitzer Anzeiger

Dorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpf., bei Lieferung frei Haus 50 Rpf. Postbezug monatlich 2.30 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Anzeigenpreise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 3 (in unseren Geschäftsstellen erhältlich). Bei Konturs



und Zwangsvergleich wird der für Aufträge etwa schon bewilligte Nachlaß hinfällig. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann und E. V. Förster's Erben. Verantwortlich für Derzeitiges u. Sachliches, Unterhaltungsteil, Sport u. Anzeigenteil: Karl Hoffmann, Pulsnitz, für Politisches und den übrigen Teil: Walter Mohr, Pulsnitz, D. A. L.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstr. 2 u. Adolf-Hitler-Str. 4, Fernruf 518 u. 550.

Das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Finanzamtes zu Ramens des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dorn behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 38

Freitag, den 14. Februar 1936

88. Jahrgang

Der Führer als Olympia-Gast

Die dritte Goldmedaille für Deutschland

Marie Herber und Ernst Baier Sieger im Paarlaufen

Im Eisstadion in Garmisch-Partenkirchen fiel am Donnerstag-Nachmittag die Entscheidung im Paarlaufen. Vor dichtgedrängten Zuschauerreihen, in deren Mitte auch der Führer und seine Begleitung Platz genommen hatten, holte das deutsche Paar Marie Herber und Ernst Baier die dritte Goldmedaille für Deutschland. Den zweiten Platz belegte das österreichische Geschwisterpaar Ilse und Erik Pauin. Ilse ist erst 14, Erik 16 Jahre alt. An dritte Stelle gelangte das bisherige Weltmeisterpaar Emilia Kotter und Laszlo Szollas. (Ausführlicher Bericht im Sportteil).

Warnung vor Moskau

Sowjetpakt enthält mehr Gefahrenmomente als Friedensgarantien

Paris, 14. Februar.

Die französische Kammer sprach sich bei der Erörterung eines Wahlreformvorschlags gegen die Verhältnismahl aus. Ministerpräsident Sarraut gab eine Erklärung zu dem royalistischen Angriff auf den Marxistenführer Léon Blum ab. Er erklärte, die Regierung werde nicht mehr zögern, energisch eingzugreifen. Bei dem Vorgehen gegen Blum handele es sich um einen organisierten Anschlag. Augenblicklich seien zwei Untersuchungen im Gange. Dann wurde die Aussprache über den französisch-sowjetrussischen Pakt fortgesetzt.

Der linksunabhängige Abgeordnete Montigny (Mitte) erklärte, die Aussprache könne den Bestand des französischen Volkes aufs Spiel setzen. Der Pakt erhöhe die weitreichenden Verpflichtungen erheblich, die Frankreich Sowjetrußland gegenüber dadurch übernommen habe, daß die Sowjetunion in den Völkerbund eingetreten sei. Der gegenseitige Bündnisvertrag setze Frankreich der Gefahr aus, daß es im Osten Europas allein handeln müsse. Es handele sich also nicht mehr um eine Frage der kollektiven Sicherheit. Montigny fragte weiter, ob zwischen Frankreich und der Sowjetunion Militärverträge abgeschlossen seien. Derartige militärische Verpflichtungen wären gleichbedeutend mit den alten militärischen Bündnissen.

Der Berichterstatter Torres erklärte, daß Frankreich selbst über die Form des Bestandes befinden könne. Frankreich habe Sowjetrußland gegenüber nicht mehr Verpflichtungen als Polen und der Tschechoslowakei gegenüber. Außenminister Flandin bemerkte, er werde auf die einzelnen Einwände erst am Schluß der Aussprache antworten.

Zum Schluß erklärte Montigny zusammenfassend, daß der französisch-russische Vertrag mehr Gefahrenmomente als Friedensgarantien bringe. Die Kammer müsse den ausländischen Mächten, die bestrebt seien, die Ratifizierung des Vertrages durchzusetzen, Widerstand leisten, da dieser Vertrag für Frankreich die Verpflichtung zur Folge haben könnte, in einen Krieg verwickelt zu werden, den es vermeiden könne. Als ehemaliger Kriegsteilnehmer fordere er die Regierung auf, unverzüglich mit Deutschland zu verhandeln. Dieser letzte Versuch müsse gemacht werden, um eine Katastrophe zu verhindern.

Der elssässische Abgeordnete Rossé erklärte, seine Freunde würden gegen die Ratifizierung stimmen. Die Aussprache wurde danach auf Dienstag vertagt.

Royalisten verprügeln Léon Blum

Eine folgenreiche politische Tat

Paris 13. Februar. Als der sozialdemokratische französische Abgeordnete Léon Blum nach Abschluß der Vormittags-Sitzung der Kammer in seinem Kraftwagen den Boulevard des Capucines entlang fuhr, wurde sein Wagen in der Nähe des Kriegsministeriums von einer Gruppe Royalisten angehalten, die sich dort versammelt hatten, um der Beisehung des Royalisten und Akademikermittels Jacques Bainville beizuwohnen. Die jungen Royalisten schlugen mit Steinen die Fensterscheiben des Wagens ein und verletzten Léon Blum am Kopf.

Nachspiel zu dem Angriff auf Léon Blum
Der tätliche Angriff auf den Marxistenführer Léon Blum hat bereits eine gerichtliche Untersuchung nach sich gezogen.

Es wurde festgestellt, daß Blum mehrere Wunden im Gesicht und auf dem Kopf davongetragen hat, die von Schlägen mit einem harten Gegenstand herrühren. Einer dieser Schläge hat die Schläfengegend verletzt und ein Blutgefäß zerrissen, was zu einer inneren Blutung geführt hat. Ein kleiner chirurgischer Eingriff war notwendig geworden.

Léon Blum hat in den Nachmittagsstunden des Donnerstags das Krankenhaus verlassen können und ist in seine Wohnung übergeführt worden. Wie erst jetzt bekannt wird, wurde auch die Frau des Abgeordneten Monnet, die sich ebenfalls in dem Auto befand, niedergeschlagen und verletzt.

Die „Action Française“ verboten!

Der französische Ministerrat trat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, in der die Auflösung der Liga der Action Française, des Studentenverbandes der Action Française und der sogenannten Camelots du Roy, der eigentlichen Kerntruppe der Action Française beschlossen wurde. Ministerpräsident Sarraut hat auf Grund des Gesetzes vom 10. Januar 1936 eine entsprechende Verordnung dem Präsidenten der Republik zur Unterzeichnung vorgelegt. Anschließend fand eine Hausdurchsuchung bei der Liga der Action Française statt.

Die Hausdurchsuchung bei der Action Française

Die Hausdurchsuchung bei der Action Française dauerte gegen 22 Uhr (MEZ.) noch an. In dem Gebäude der Action Française befinden sich das Ehepaar Daudet, Charles Maurras und die Führer der Camelots du Roy. Der Polizeikommissar und der Untersuchungsrichter werden durch 60 Polizeispezialisten unterstützt, während die Umgebung von einem scharfen Ordnungsdienst überwacht wird. Im Verlaufe des Abends sind an zahlreichen Stellen der Stadt bedeutende Polizeikräfte zusammengezogen worden, Zwischenfälle werden jedoch bisher nicht gemeldet.

Der Hauptschriftleiter der „Action Française“, Vujo, erklärte einem Pressevertreter gegenüber, daß das Ergebnis der Hausdurchsuchung der Action Française in keiner Weise abträglich sein könne. Man habe eine alte Liste von Mitgliedern der Action Française vor dem Kriege beschlagnahmt, die keinerlei Wert habe. Die Aufforderung, die Namen der gegenwärtigen Camelots und der Mitglieder der Liga mitzuteilen, habe er abgelehnt, ebenfalls die Auslieferung der Rechnungsbücher.

Man könne Männer verhaften, Bünde auflösen, aber nie werde es gelingen, eine Idee zu unterdrücken. Die Mitglieder der Action Française seien Monarchisten seit 30 Jahren, und ihre Haltung sei genau bekannt. Die Action Française stelle keinen Bund im Sinne des Gesetzes dar. Er sei also über den Ausgang der Untersuchung völlig beruhigt.

Verfahren wegen Aufforderung zum Mord gegen Charles Maurras eingeleitet

In der Umgebung des Ministerpräsidenten berichtet man, Sarraut sei entschlossen, dafür zu sorgen, daß die Auflösung der Action Française nicht nur auf dem Papier stehe. Jede öffentliche Kundgebung der Camelots du Roy werde künftig nicht nur verboten, sondern unterdrückt werden. Zur Zeit sei keine Rede von der Verhaftung politischer Persönlichkeiten. Die Regierung werde erst zusehen, wie das Gesetz befolgt werde

und entsprechend handeln. Das gerichtliche Verfahren sei eingeleitet worden und müsse erst abgeschlossen werden.

Das Pariser Gericht hat gegen Charles Maurras und den Herausgeber der Tageszeitung „Action Française“ ein Verfahren wegen Aufforderung zum Mord auf Grund eines am 13. Januar, und zwar unmittelbar nach Verabschiedung des Gesetzes über die Bestrafung solcher Herausforderung erschienenen Artikels eingeleitet.

Chiles Kampf gegen den Kommunismus

Santiago de Chile, 13. Februar. Die Streikbewegung flaut immer mehr ab. Die Regierung hat gegen die Aufhänger erneut in mehreren Fällen Verhaftungen verhängt. Die Marxisten haben als Protest gegen das tatkräftige Vorgehen der Regierung eine chilenische Zweigstelle der „Liga für Menschenrechte“ gegründet.

Die chilenische Presse setzt sich immer mehr für die Gründung einer südamerikanischen Einheitsfront gegen den Kommunismus ein. Die Blätter erklären, Chile, Brasilien, Argentinien, Peru, Uruguay und Paraguay müßten sich gegen den gemeinsamen kommunistischen Feind zusammenschließen.

Kronrat in Athen

Vor der Bildung eines Koalitionskabinetts

Athen, 13. Februar. Unter Vorsitz König Georg II. tagte den ganzen Donnerstag hindurch ein Kronrat, an dem neben Ministerpräsident Demerdzjis die Führer fast sämtlicher Parteien teilnahmen.

Der König schilderte eingehend die politische Lage, wie sie sich nach seinen Beratungen mit den verschiedenen Parteiführern darstellt. Der König appellierte an die Vaterlandsliebe der Versammelten und forderte sie auf, dem Lande eine dauerhafte Regierung zu geben. Er wies hierbei auf die gespannte internationale Lage hin, die es nicht gestatte, wiederum zu Neuwahlen zu schreiben.

Am Schluß der Sitzung wurde die Möglichkeit einer Regierungsbildung unter Teilnahme der Volkspartei, der Venizelisten und der Partei Metaxas erörtert. Hierbei ergab sich zwischen Staladaris und Sophoulis eine so weitgehende Übereinstimmung, daß im Anschluß an den Kronrat sofort Verhandlungen über die Regierungsbildung eröffnet wurden.

Die Verhandlungen gestalteten sich um so einfacher, als die Venizelisten die Militärfrage nicht mehr anschnitten. Am späten Abend waren die Besprechungen so weit gediehen, daß bereits Einzelheiten über die Zusammensetzung des künftigen Kabinetts bekannt wurden. So verlautete, daß als Ministerpräsident eine außerhalb des Parlaments stehende Persönlichkeit in Betracht komme. Man denkt hierbei vor allem an Demerdzjis. Metaxas ist augenscheinlich als Kriegsminister, Magimos als Außenminister vorgesehen.

Ein frisches Soldatenwort

General Hamilton gegen den Bischof von Durham.

Der bekannte englische General Sir Jan Hamilton wendet sich in der „Times“ gegen den Bischof von Durham, der mit anderen zusammen dafür Stimmung machen wollte, daß die Einladung zu 550. Gründungsfeier der Universität Heidelberg von den englischen Universitätskreisen nicht angenommen wird. General Hamilton schreibt: „Ich möchte als alter Soldat der Hoffnung Ausdruck geben, daß die wackeren Vertreter unserer Universitäten den Briefen des Bischofs von Durham und Norman Beatwicks nicht die geringste Beachtung schenken. Vor kurzem, als es bekannt wurde, daß ich einige deutsche Frontoffiziere zu Gast haben werde, erhielt ich Briefe, die in demselben Geiste wie die Zuschrift des Bischofs gehalten waren. Man verlangte von mir, daß ich bei dieser Gelegenheit meinen Gästen wegen ihres „brutalen und unatürlichen Benehmens“ Vorhaltungen machen solle. Die Briefschreiber erkannten oder verstanden nicht, daß meine Gäste mich dann wegen der Glendviertel von Glasgow oder der Trostlosigkeit von Durham tadeln würden. Vermutlich würde ein Deutscher mit einer Wurst auf mich losprügeln. Ich würde ihm einen schottischen Fleischpudding an den Kopf werfen, und dann wären beide Länder im Krieg — oder zum mindesten einen Schritt näher daran. Hochachtungsvoll Jan Hamilton.“

